

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Hildebrecht Braun (Augsburg), Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Gerhard Schüßler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Perspektiven für die deutschen Waggonbaustandorte verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Abbau vorhandener Überkapazitäten in der europäischen Waggonbauindustrie bedroht gewachsene und traditionelle Fahrzeugbaustandorte in Deutschland. Insbesondere die geplante Schließung der Waggonbaustandorte in Halle und Vetschau trifft Standorte im Osten Deutschlands, in denen seit Generationen Schienenfahrzeuge produziert worden sind und in denen die Identifikationen der Bürger mit ihren Werken vor Ort besonders groß ist.

Zugleich trifft die Schließung gerade die Standorte in den neuen Bundesländern besonders hart, weil die ohnehin hohe Zahl der Arbeitslosen durch das Wegbrechen traditioneller Industriearbeitsplätze sich strukturell zu verfestigen und dauerhaft zu werden droht. Die geplante Schließung der Waggonbaustandorte Halle und Vetschau sind ein schwerer Schlag für den Aufbau Ost.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Durch eine Kehrtwende ihrer Eisenbahnpolitik die Grundlage für eine verbesserte Auftragslage im Waggonbau zu legen und durch diese neuen Perspektiven drohende Werkschließungen überflüssig zu machen. Die Bahnreform muss fortgeführt werden, nicht zurückentwickelt. Nur durch mehr Wettbewerb auf dem Schienennetz wird es in Zukunft mehr Verkehr auf der Schiene geben. Die 10 Mrd. Euro, die die Deutsche Bahn AG bis zum Jahr 2006 für Erneuerungen und Ergänzungen ihres Fuhrparks plant, müssen durch Investitionen Dritter erhöht werden.
2. Den Aufbau Ost endlich ernst zu nehmen und sich in diesem Zusammenhang für den Erhalt der Waggonbaustandorte einsetzen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

